



Rechnungshofdirektorin **Brigitte Egler-Bargehr**.
NEUE ARCHIV (2)

Fahrverbote

Bereits im Jahr 1960 wurden in Österreich Fahrverbote für gewisse Lkw an Wochenenden und Feiertagen eingeführt. Mitte der 90er-Jahre kam dann noch ein Nachtfahrverbot dazu. Allerdings können auch Ausnahmen beantragt werden. Als Beispiel nannten die Rechnungshofexperten etwa Veranstaltungen, die am Wochenende stattfinden, oder auch Bauarbeiten.

auf der Höhe der Zeit

chenendfahrverbot), und dieses Alter zeigt sich nach Angaben der Rechnungshof-Experten auch in der Praxis.

Die Anträge für Ausnahmebewilligungen landen in Vorarlberg sowohl in den vier Bezirkshauptmannschaften als auch in der Abteilung Verkehrsrecht im Amt der Landesregierung. Letztere kümmert sich um den Großteil der jährlich im Schnitt 300 bis 470 Fälle. Lediglich etwa zehn Prozent der Anträge werden in den Bezirkshauptmannschaften bearbeitet.

Die Fachanwendung WFV wird nur in der Verkehrsrechtsabteilung genutzt. Allerdings hätten die dortigen Mitarbeiter keine Möglichkeit, die Anträge durchgängig elektronisch zu verarbeiten, da entsprechende Schnittstellen fehlten, berichtete Egler-Bargehr. Es werde daher ein separater elektronischer Akt

geführt, und auch die Buchhaltung für Gebühren passiere in einem separaten System.

Datenschutz. Seitens des Rechnungshofes wird daher empfohlen, die von den Ländern gemeinsam genutzte IT-Lösung zu modernisieren und zu adaptieren, sodass die Abläufe in der Verwaltung vereinfacht werden. Dabei könne es auch sinnvoll sein zu prüfen, ob bereits bestehende Systeme genutzt werden können. Außerdem brauche es Verbesserungen beim Datenschutz. Die Rechnungshofdirektorin wies zudem darauf hin, dass in der Fachanwendung nicht ersichtlich ist, ob Anträge mittels Bürgerkarte elektronisch eingebracht worden sind. Dadurch sei es nicht möglich, für diese – wie gesetzlich vorgesehen – eine ermäßigte Gebühr zu gewähren. Es müsse sicher-

gestellt sein, dass elektronisch eingebrachte Anträge eindeutig identifizierbar seien, betonte Egler-Bargehr.

Auch für die Verantwortlichen in Vorarlberg hatte sie noch Empfehlungen parat. Die Finanzexpertin regte an, die Verfahren an einer Stelle – nämlich in der Verkehrsabteilung des Landes – zu bündeln. Diese kümmere sich bereits jetzt um den überwiegenden Teil der Anträge, weswegen die Umstellung ohne großen Mehraufwand oder zusätzlichen Personalbedarf zu bewerkstelligen sei. Dadurch werde sichergestellt, dass in allen Fällen gleich vorgegangen werde. Dies sei in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen – etwa wenn es um die Berechnung der Gebühren gegangen sei. Seitens des Landes wurde zugesagt, diese Änderung rasch vorzunehmen.

ZUMTOBEL

Neues Lichtforum erst im Herbst

Rund acht Millionen Euro haben die Verantwortlichen des Dornbirner Leuchtenherstellers Zumtobel in die Errichtung eines neuen Lichtforums investiert. Auf 4000 Quadratmetern präsentieren sich in der alten Industriehalle des Unternehmens in der Höchster Straße 8 alle Marken der Zumtobel Group. Kunden sollen die Lichtwelt mit allen Sinnen erleben. Gestaltet wurde das dynamische Raumkonzept in Zusammenarbeit mit dem Innsbrucker Studio des norwegischen Architekturbüros Snøhetta.

Eigentlich sei geplant gewesen, Anfang März die Eröffnung zu feiern, heißt es in einer Aussendung. „Als Vorsichtsmaßnahme gegen die weitere Ausbreitung des Coronavirus und im Interesse aller Beteiligten“ habe man sich entschieden, das Event nicht durchzuführen. Stattdessen soll die Eröffnungsfeier nun im Rahmen eines internationalen Kunden- und Pressevents im Herbst nachgeholt werden.

Heute präsentiert der Zumtobel-Konzern die Zahlen für das dritte Quartal des laufenden Geschäftsjahrs 2019/20. Experten der Erste Group und Raiffeisen Centrobank (RCB) rechnen mit einem geringeren Nettoverlust verbunden mit einer stabilen Umsatzentwicklung. Jänner und Dezember zählten immer zu den schwächsten Monaten.



Im Vorjahr wurden die Pläne für das Lichtforum präsentiert.

STEUERER